

Die Bürgermeisterin

Universitätsstadt Gießen · Dezernat II · Postfach 11 08 20 · 35353 Gießen

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dieter Gail

über

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Aulweg 45
35392 Gießen

■ Telefon: 0641 306 – 1015/1016
Telefax: 0641 306 - 2015
E-Mail: gweigel-greilich@giessen.de
dmueller@giessen.de

Datum: 16. Dezember 200808:53:21

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
51/Pr

Ihr Schreiben vom

16.12.200808:53:21

Berichtsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.11.2008 Künftige Verwendung der Stellen aus der in freie Trägerschaft überführten ehemals städtischen Kindertagesstätte Anne-Frank-Straße; DS-2070

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

der o. a. Antrag lautet:

„Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, warum von den 4,5 Stellen, die bei der Überführung der Kita Anne-Frank-Straße an einen freien Träger an die Stadt zurückgefallen sind, nur 2 Stellen für die Verbesserung der Personalausstattung der städtischen Kitas vorgesehen sind.“

Hierzu berichten wir wie folgt:

1. Es ist vorgesehen, nicht 2, sondern 2,5 Stellen für die Verbesserung der Personalausstattung der städtischen Kitas zu verwenden. Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich hat von Anfang an, zum ersten Mal in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.08.2007, darauf hingewiesen, dass die dort vorhandenen Planstellen beim Jugendamt verbleiben sollen und überwiegend für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Qualitätsverbesserung in den verbleibenden städtischen Kindertagesstätten genutzt werden sollen. Diese Ankündigung soll jetzt nach Gegenzeichnung der Gestellungsverträge seitens des neuen Trägers genau so umgesetzt werden.
2. Das Jugendamt musste zum Stellenplan 2008 aufgrund stark gesteigener Arbeitsbelastungen zusätzlichen Stellenbedarf im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes

(ASD) und der Vormundschaft / Beistandschaft anmelden. Da eine Ausweitung des Stellenplanes den Genehmigungsvorgaben der Kommunalaufsicht zu den Haushaltsplänen der vergangenen Jahren zuwider gelaufen wäre, musste auch für diese zusätzlich unabweisbar erforderliche Personalkapazität vorrangig nach einer internen Einsparmöglichkeit gesucht werden - wie für die in den städtischen Kitas gewollte und erforderliche Qualitätsverbesserung auch. Insoweit entspricht die getroffene Verteilungsentscheidung nicht nur den Ankündigungen und Zusagen von Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich, sondern ist auch Ergebnis einer sachgerechten Bedarfsabwägung.

3. Soweit in der Begründung zum Berichts Antrag auf Haushaltsreden 2007 Bezug genommen wird, sei darauf hingewiesen, dass für die städtischen Kitas zum *Haushaltsjahr 2007 zwei zusätzliche Vollzeitstellen im ordentlichen Stellenplan* und zum Haushaltsjahr 2008 zwei weitere Vollzeitstellen im nachrichtlichen Stellenplan neu zur Verfügung gestellt wurden. Damit waren 4 der erwähnten 6 Stellen abgedeckt.
4. Dabei ist noch nicht mit berücksichtigt, dass bereits zum *Haushaltsjahr 2006* (also ebenfalls in der laufenden Legislaturperiode) auf Wunsch des Stadtelternbeirates nach Ausweitung gezielter pädagogischer Angebote in den städtischen Kitas dort der Ansatz für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse um knapp 60.000,- € auf 78.000,- € erhöht worden war. Dieser Betrag war so kalkuliert, dass für die damals 13 städtischen Kitas seither im Durchschnitt je ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis auf 400.-€-Basis finanzierbar ist. Da es sich hier meist nicht um pädagogische Fachkräfte, sondern z.B. um Studierende handelt, die Projekte im musischen, kreativen oder Bewegungsförderungs-Bereich durchführen oder aber als zusätzliche Begleitpersonen bei Ausflügen tätig sein können, reichen die Mittel pro Einrichtung (bei 13 Einrichtungen) für durchschnittlich 8,5 Wochenstunden Betreuungskapazität. Insgesamt ergibt sich hieraus ein Volumen von etwa 110 Wochenstunden Kapazität; *das entspricht etwa 2,8 Vollzeitstellen.*
5. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass für die städtischen Kitas bereits zum Haushaltsjahr 2003 zwei zusätzliche Vollzeitstellen im ordentlichen Stellenplan und zum Haushaltsjahr 2004 zwei weitere Vollzeitstellen im nachrichtlichen Stellenplan neu geschaffen worden waren.
6. Entlastend hinsichtlich des Personalbedarfes wirkt sich im Umfang von 23 % *einer Vollzeitstelle* aus, dass die bis zur Abgabe der Trägerschaft noch nicht umgesetzte Komplettierung der vorgesehenen Leitungsfreistellung in der Kita Anne-Frank-Straße nun nicht mehr umgesetzt werden muss.
7. Es ist geplant, nach Eröffnung der neuen Nordstadt-Kita in der Schottstraße ab dem *Kindergartenjahr 2009 / 2010* die Platzkapazität in den 10 Kindergartengruppen der drei städtischen Kitas von 23 auf 20 abzusenken. Dies ist mit einem Wegfall von 27 Betreuungsplätzen verbunden. Auch auf diese Weise soll und kann die Personal-

Kind-Relation verbessert werden. In Personalkapazität umgerechnet bedeutet dies, dass täglich die Kapazität von (mehr als) einer kompletten Kindergartengruppe, berechnet auf 6,5 Betreuungsstunden täglich, entfällt. Gemäß Mindestverordnung des Hessischen Sozialministeriums entspricht diese Größenordnung einem rechnerischen Personalbedarf von 48,75 Wochenstunden entsprechend 1,25 *Fachkraftstellen*.

8. Somit bleibt festzustellen:

- seit 2003 Betreuungsqualitätsverbesserungen im Volumen von knapp 14 Vollzeitstellen, davon allein
- seit Beginn der laufenden Legislaturperiode im Volumen von knapp 10 Vollzeitstellen erreicht wurden bzw. noch erreicht werden sollen.

9. Der Magistrat hat also trotz der sehr angespannten Haushaltssituation erhebliche Anstrengungen unternommen, um mit unterschiedlichen kreativen Ansätzen doch ganz erhebliche Verbesserungen der Betreuungsqualität in den städtischen Kitas zu realisieren; dies verdeutlicht die politische Priorität, die diesem Ziel beigemessen wird.

Die Auflistung verdeutlicht, dass die Entscheidung, angesichts des dringenden Bedarfes 2 Stellen aus der Kita Anne-Frank-Straße in andere Bereiche des Jugendamtes zu verlagern, richtig und notwendig war.

Gleichzeitig soll nicht verschwiegen werden, dass im Zusammenhang mit dem notwendigen Platzausbau für Kinder unter drei Jahren, der nicht ohne Beteiligung der städtischen Einrichtungen realisiert werden soll, noch erhebliche weitere Anstrengungen erforderlich sein werden. Dieser Herausforderung wird sich der Magistrat auch in Zukunft im Rahmen seiner Möglichkeiten mit Priorität stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Gerda Weigel-Greilich
Bürgermeisterin

Verteiler:

CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

DIE LINKE. Fraktion

FDP-Fraktion

FW-Fraktion

Frau Stadtverordnete Koch-Michel

Magistrat